

Stand: 11.07.2025 17:19:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4036

"Verkehr Stadtverkehr - Evaluierung von EU-Maßnahmen 11.09.2014 - 04.12.2019"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/4036 vom 10.10.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5167 des BV vom 03.12.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5218 vom 05.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen

11.09.2019 – 04.12.2019

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 15. Sitzung am 8. Oktober 2019 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

In dem „Paket zur Mobilität in der Stadt“ von 2013 wurden Maßnahmen vorgeschlagen, um die städtische Mobilität zu verbessern und gleichzeitig Staus, Unfälle und Umweltverschmutzung zu verringern. Ziel der aktuellen Konsultation ist es, eine umfassende Bewertung dieses Pakets vorzunehmen und dabei zu überprüfen, ob die Maßnahmen wirksam, effizient und relevant sind und einen Mehrwert schaffen.

Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Mobilität, wie z. B. die Einführung einer City-Maut und die Markteinführung sauberer und energieeffizienter Fahrzeuge, sind Regelungen der kommunalen Verkehrspolitik, die zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört. So hat auch der Bundesrat in seinem Beschluss Drs. 681/07 vom 20.12.2007 zum Grünbuch der Kommission: Hin zu einer neuen Kultur Mobilität in der Stadt COM(2007) 551 entsprechende Überlegungen der Kommission gerügt, soweit diese auf der Annahme einer europäischen Zuständigkeit für den Stadtverkehr beruhen. Im Beschluss des Bundesrates Drs. 807/13 vom 14.03.2014 zur Mitteilung der Kommission: Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt COM(2013) 913 final, wiederholt der Bundesrat diese Kritik und weist abermals darauf hin, dass die städtische Mobilität zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört und auf lokaler Ebene auch hinreichend verwirklicht werden kann.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/4036**

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Verkehr
Stadtverkehr - Evaluierung von EU-Maßnahmen
11.09.2019 - 04.12.2019**

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag misst dem Thema eine landespolitische Bedeutung bei.

Eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung einer auf die Vermeidung und Verringerung von Verkehr ausgerichteten städtebaulichen Entwicklung ist zentrales Ziel Bayerns und gemäß § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 9 BauGB ein wesentlicher Belang, der bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen ist. Damit kann wesentlich dazu beigetragen werden, negative Umweltauswirkungen wie Lärm und Emissionen sowie die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren und die Lebensqualität zu steigern.

Die Zielsetzungen des Pakets für eine urbane Mobilität können deshalb grundsätzlich unterstützt werden. Insbesondere mit der Aufstellung von Mobilitätskonzepten können frühzeitig Rahmenbedingungen für ein zukunftsorientiertes Mobilitätsangebot und eine nachhaltige Verkehrsabwicklung gesetzt werden. Dabei können sowohl die aktuelle als auch künftige Siedlungsstrukturen mit der verkehrsmittelübergreifenden Mobilitätsplanung verzahnt und integrierte Lösungen gefunden werden. Alle Aspekte einer umfassenden Planung wie beispielsweise ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur der verschiedenen Verkehrsmittel, eine Verknüpfung der Verkehrsmittel untereinander, ein guter Zugang zum ÖPNV, das Mobilitätsmanagement sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung und technischen Vernetzung der Verkehrsmittel und Mobilitätsangebote sollen dabei berücksichtigt werden.

Deshalb werden EU-Fördervorhaben zur Forschung und Innovation im Bereich der städtischen Mobilität ausdrücklich begrüßt. Beispielsweise mit den Projekten „Smarter together“ in Freiam oder CIVITAS im Stadtquartier Domagkpark (beide in München) werden wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung neuer innovativer Ansätze der urbanen Mobilität auf kommunaler Ebene entwickelt.

Aber auch über die städtischen Räume hinaus ist – mit Blick auf die vielfältigen Raum- und Siedlungsstrukturen Bayerns – eine Betrachtung der Verkehrsentwicklung in ländlich geprägten Regionen wichtig. Zentrales Ziel ist dabei die Gestaltung eines Verkehrsraumes, der das Grundbedürfnis nach Mobilität sowie gleichwertige

Lebensbedingungen, auch außerhalb der Verdichtungsräume, herstellt. Eine Berücksichtigung der ländlichen Räume bei der Weiterentwicklung der Zielsetzungen für eine nachhaltige Mobilität im europäischen Raum würde von bayerischer Seite daher begrüßt werden.

Im Rahmen der EU-Konsultation und der Ziele für eine nachhaltige Mobilität im europäischen Raum möchte der Bayerische Landtag allerdings auch auf die vielfältigen und unterschiedlichen Siedlungsräume innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie auf das Subsidiaritätsprinzip und die Koordinierungs- und Steuerungsfunktion der Bundesländer bei der kommunalen Entwicklung im Rahmen der jeweiligen Planungshoheit hinweisen.

In diesem Zusammenhang nimmt der Bayerische Landtag Bezug auf den Beschluss des Bundesrats vom 20. Dezember 2007 (Drucksache 681/07 (Beschluss) zum „Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt KOM (2007) 551 endg.; Ratsdok. 13278/07“. Dort heißt es in Nummer 1 des Beschlusses:

„Der Bundesrat ... lehnt die im Grünbuch enthaltenen Überlegungen der Kommission ab, soweit sie auf der Annahme einer europäischen Zuständigkeit für den Stadtverkehr beruhen. Insbesondere die im Grünbuch skizzierten Vorschläge der Kommission, die in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und die verfassungsmäßigen Kompetenzen der Mitgliedstaaten oder der deutschen Länder unzulässig eingreifen und auf legislative Maßnahmen der Kommission abzielen (z.B. Einführung einer City-Maut, Markteinführung sauberer und energieeffizienter Fahrzeuge durch eine umweltbewusste öffentliche Beschaffungspolitik), lehnt er ab.“

Die Tatsache, dass in der Konsultation die Bürger und Interessengruppen zum Verhältnis der EU zur städtischen Mobilitätspolitik befragt werden (Nr. 16), ohne auf das geltende Subsidiaritätsprinzip hinzuweisen, sieht der Bayerische Landtag kritisch.

Berichterstatter: **Sebastian Körber**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen (gemäß § 83d BayLTGeschO). Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 15. Sitzung am 5. November 2019 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 16. Sitzung am 26. November 2019 federführend beraten und zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung mit folgendem Stimmergebnis

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 18. Sitzung am 3. Dezember 2019 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FDP: kein Votum

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Absatz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Verkehr

Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen

11.09.2019 – 04.12.2019

Drs. 18/4036, 18/5167

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag misst dem Thema eine landespolitische Bedeutung bei.

Eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung einer auf die Vermeidung und Verringerung von Verkehr ausgerichteten städtebaulichen Entwicklung ist zentrales Ziel Bayerns und gemäß § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 9 BauGB ein wesentlicher Belang, der bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen ist. Damit kann wesentlich dazu beigetragen werden, negative Umweltauswirkungen wie Lärm und Emissionen sowie die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren und die Lebensqualität zu steigern.

Die Zielsetzungen des Pakets für eine urbane Mobilität können deshalb grundsätzlich unterstützt werden. Insbesondere mit der Aufstellung von Mobilitätskonzepten können frühzeitig Rahmenbedingungen für ein zukunftsorientiertes Mobilitätsangebot und eine nachhaltige Verkehrsabwicklung gesetzt werden. Dabei können sowohl die aktuelle als auch künftige Siedlungsstrukturen mit der verkehrsmittelübergreifenden Mobilitätsplanung verzahnt und integrierte Lösungen gefunden werden. Alle Aspekte einer umfassenden Planung wie beispielsweise ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur der verschiedenen Verkehrsmittel, eine Verknüpfung der Verkehrsmittel untereinander, ein guter Zugang zum ÖPNV, das Mobilitätsmanagement sowie die Möglichkeiten der Digitalisierung und technischen Vernetzung der Verkehrsmittel und Mobilitätsangebote sollen dabei berücksichtigt werden.

Deshalb werden EU-Fördervorhaben zur Forschung und Innovation im Bereich der städtischen Mobilität ausdrücklich begrüßt. Beispielsweise mit den Projekten „Smarter together“ in Freiam oder CIVITAS im Stadtquartier Domagpark (beide in München) werden wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung neuer innovativer Ansätze der urbanen Mobilität auf kommunaler Ebene entwickelt.

Aber auch über die städtischen Räume hinaus ist – mit Blick auf die vielfältigen Raum- und Siedlungsstrukturen Bayerns – eine Betrachtung der Verkehrsentwicklung in ländlich geprägten Regionen wichtig. Zentrales Ziel ist dabei die Gestaltung eines Verkehrsraumes, der das Grundbedürfnis nach Mobilität sowie gleichwertige Lebensbedingungen, auch außerhalb der Verdichtungsräume, herstellt. Eine Berücksichtigung der ländlichen Räume bei der Weiterentwicklung der Zielsetzungen für eine nachhaltige Mobilität im europäischen Raum würde von bayerischer Seite daher begrüßt werden.

Im Rahmen der EU-Konsultation und der Ziele für eine nachhaltige Mobilität im europäischen Raum möchte der Bayerische Landtag allerdings auch auf die vielfältigen und unterschiedlichen Siedlungsräume innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sowie auf das Subsidiaritätsprinzip und die Koordinierungs- und Steuerungsfunktion der Bundesländer bei der kommunalen Entwicklung im Rahmen der jeweiligen Planungshoheit hinweisen.

In diesem Zusammenhang nimmt der Bayerische Landtag Bezug auf den Beschluss des Bundesrats vom 20. Dezember 2007 (BR-Drs. 681/07 (Beschluss) zum „Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt KOM (2007) 551 endg.; Ratsdok 13278/07“. Dort heißt es in Nummer 1 des Beschlusses:

„Der Bundesrat ... lehnt die im Grünbuch enthaltenen Überlegungen der Kommission ab, soweit sie auf der Annahme einer europäischen Zuständigkeit für den Stadtverkehr beruhen. Insbesondere die im Grünbuch skizzierten Vorschläge der Kommission, die in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und die verfassungsmäßigen Kompetenzen der Mitgliedstaaten oder der deutschen Länder unzulässig eingreifen und auf legislative Maßnahmen der Kommission abzielen (z. B. Einführung einer City-Maut, Markteinführung sauberer und energieeffizienter Fahrzeuge durch eine umweltbewusste öffentliche Beschaffungspolitik), lehnt er ab.“

Die Tatsache, dass in der Konsultation die Bürger und Interessengruppen zum Verhältnis der EU zur städtischen Mobilitätspolitik befragt werden (Nr. 16), ohne auf das geltende Subsidiaritätsprinzip hinzuweisen, sieht der Bayerische Landtag kritisch.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und dem Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Das an Nummer 1 der Liste stehende Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend "Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen" wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am Dienstag endberaten. Der Ausschuss schlägt dazu die auf der Drucksache 18/5167 aufgeführte Stellungnahme vor. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 21 und 28 der Liste. Das sind die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen" auf Drucksache 18/3889, "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890 und "Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte" auf Drucksache 18/4082. Der Aufruf der Anträge erfolgt, soweit zeitlich noch möglich, nach dem Tagesordnungspunkt 10, der Zweiten Lesung zu den Anpassungen im Beamtengesetz.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk ist dem so entsprochen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Verkehr
 Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen
 11.09.2019 – 04.12.2019
 Drs. 18/4036, 18/5167 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben
Drs. 18/2651, 18/4943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen
Drs. 18/2652, 18/4944 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen V – Einrichtung eines Fonds zur Altersabsicherung von Lehrbeauftragten
Drs. 18/2653, 18/4946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen VI – Verzicht auf Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei Erteilung von Lehraufträgen
Drs. 18/2654, 18/4947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Lehrbeauftragten
Drs. 18/3949, 18/4961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen
Drs. 18/2985, 18/5024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen I – Verstöße strafrechtlich verfolgen und Defizite im Personalbereich abbauen
Drs. 18/3629, 18/4962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen II – Digitale Kontrolle der Tiergesundheit
Drs. 18/3630, 18/4915 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Leben retten – Drogenkonsumräume legalisieren
Drs. 18/3701, 18/5000 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegerische Angehörige entlasten – Mehr Anbieter für Angebote zur Unterstützung im Alltag
Drs. 18/3702, 18/5001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung – Bündnis gegen die illegale Beschäftigung
Drs. 18/3758, 18/5002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personalmangel am Landgericht Regensburg
Drs. 18/3766, 18/5025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte im Grundgesetz verankern
Drs. 18/3769, 18/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Programm „Imkern an der Schule“ stärken – Erhöhung der pauschalen Förderung
Drs. 18/3810, 18/5046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD
Expertenanhörung zum Thema „Schulbegleitung“
Drs. 18/3817, 18/5052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen
Drs. 18/3889, 18/4795 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

21. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!
Drs. 18/3890, 18/5014 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. CSU
Bericht zur ärztlichen Versorgung in Kinderhospizien
Drs. 18/3934, 18/5003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/3996, 18/5047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

24. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD
Gefahr durch PFOA und PFOS: Bevölkerung aufklären und schützen
Drs. 18/4001, 18/4838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Erwachsenenbildung (v. a. allgemeine Weiterbildung) muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/4029, 18/5048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. SPD
Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern
Drs. 18/4035, 18/5053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherstellen!
Drs. 18/4079, 18/5004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte
Drs. 18/4082, 18/4945 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften in Bayern
Drs. 18/4196, 18/4857 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>